



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/280 - 10.12.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 1831-33

Fernschreiber 039 890

Zur letzten Moskau-Note	S. 1
Die SED nach der Berliner Wahl	S. 3
Regierungsbildung in Bayern vor dem Abschluss	S. 4
Die dänische Minderheit im Bundestag	S. 6

Tauschen um die Schuldfrage

sp. Die letzte sowjetische Note vom 9. Dezember an Grossbritannien, die USA und an Frankreich fasst konzentriert und sehr pointiert nochmal alle sowjetischen Überlegungen und Argumente zusammen, unterstreicht die nach Moskauer Ansicht bestehende Unvereinbarkeit einer Wiederbewaffnung Westdeutschlands mit einer Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands, droht mit entsprechenden militärischen Massnahmen des Ostblocks einschliesslich der DDR und bekräftigt die These, dass sich der französische Seistandepakt vom Jahre 1944 und das Potsdamer Abkommen mit den Pariser Verträgen nicht vereinbaren lassen.

Es erscheint deshalb überflüssig, sich nochmals mit den einzelnen Fragen, die auch die letzte sowjetische Note aufwirft, kritisch auseinanderzusetzen. Das ist ausführlich im Laufe dieses jahrelangen ermüdenden und fruchtlosen Notenwechsels geschehen. Die Sowjets selbst werden nicht erwarten, dass diese ihre neueste Auslassung ein breites Echo finden, geschweige denn die Linie der westlichen Politik in der Deutschlandfrage verändern werden. Deshalb drängt sich die Vermutung geradezu auf, dass mit diesem diplomatischen Schritt eine andere Absicht verfolgt wird, die freilich auch schon den ganzen vorangegangenen Notenaustausch mitgespielt haben mag, aber selten so deutlich in Erscheinung getreten ist, wie diesmal.

Die Note wurde überreicht wenige Tage nachdem der französische Geschäftsführer im Kroml im Auftrage seines Ausserministers die Rede in Erinnerung gebracht hatte, die Merdès-France während seines Amerika-Besuches vor der UNO gehalten hat. Diese Rede, von der nicht anzunehmen ist, dass sie die Eingebung eines Augenblicks war, enthielt die für uns Deutsche schockierende Feststellung, es lasse sich eine Einigung in der Deutschlandfrage zwischen beider Machtblöcken auf der Grundlage der bestehenden Teilung Deutschlands erreichen. Nach der alarmierenden Wirkung der ersten Berichte zog sich die amtliche französische Politik auf die Version zurück, es sei bei dieser Gelegenheit nur von der Möglichkeit gesprochen worden, den österreichischen Staatsvertrag endlich unter Dach und Fach zu bringen - von nichts anderem.

Nun gibt es in der internationalen Politik, wenn auch nicht in ihren offiziellen Verlautbarungen, eine starke Strömung, die die Aufrechterhaltung eines geteilten Deutschlands geradezu empfiehlt. Freilich will niemand das Odium eines öffentlichen Bekenntnisses zu dieser Politik auf sich nehmen. So ist immer mehr aus der sachlichen Auseinandersetzung über den besten Weg zu einer internationalen Entspannung ein Tauziehen um die Schuldfrage, ein Wettlauf in den Bemühungen geworden, dem Gegenspieler die Verantwortung für eine solche internationale Lösung zu Lasten des deutschen Volkes aufzubürden.

Unter diesem speziellen Gesichtswinkel ist auch die letzte sowjetische Note zu sehen. Die Hoffnung, auf dem Wege des Notenwechsels noch zu brauchbaren praktischen Ergebnissen zu kommen, wird immer geringer und ein weiteres Operieren auf der Plattform öffentlicher Deklamationen muss unergiebig bleiben. Der einzige, Aussicht auf Erfolg versprechende Weg wäre in diesem fortgeschrittenen und kritischen Stadium allein der Übergang zu der alter bewährten Methode direkter diplomatischer Fühlungnahme, bei der prestigemässige und propagandistische Bedürfnisse und Rücksichten ausgeschaltet sind.

+ + +

Eine Lehre für die Sowjets?

OB. Nach den Berliner Wahlen erhebt sich die Frage, ob die katastrophale Wahlniederlage der SED, die nur 2,7 Prozent der abgegebenen Stimmen erhielt und damit im Westberliner Parlament nicht vertreten ist, ohne Auswirkung auf die künftige östliche Politik und spezielle auf die Haltung der SED bleiben wird. Die Pankower Reaktion auf die vernichtende Antwort der Westberliner Wähler an die SED bestand zunächst in einer unbeschreiblichen Kopflösigkeit, hatte man doch angesichts der noch in Berlin herrschenden Not weiter Bevölkerungskreise und aufgrund eines ungeheuren Agitationseinsatzes der SED, der in personeller und finanzieller Hinsicht die Anstrengungen aller Westberliner demokratischen Parteien überstieg, mit einem kleinen Erfolg und den Einzug von wenigstens drei SED-Vertretern in das Abgeordnetenhaus gerechnet.

Am Tag nach der Wahl liess sich in den Ministerien von Pankow keiner der massgebenden Funktionäre sprechen. In den Ostberliner Betrieben liefen die ratlosen SED-Funktionäre mit hochroten Köpfen umher und waren dem ironischen Lächeln der Arbeiter preisgegeben. Hatte doch noch am Tag vor der Wahl Eisler über den sowjetzonalen Rundfunk mit bolschewistischer Selbstsicherheit den führenden Westberliner Politiker gedroht: "Morgen werden Euch zweifellos - wie könnte es auch anders sein - die Weddingener, Neuköllner und Tempelhofer Arbeiter und Angestellten zeigen, was eine Harke ist und viele von ihnen, viel mehr, als Euch lieb ist, werden auch die Liste 5, die Kandidaten der SED wählen."

An solche bombastischen Erklärungen und manches andere erinnerten sich die Berliner am Tage danach. Erst in den Mittagsstunden des Montag lag bei den Sekretären der Betriebsparteiorganisationen der SED eine Direktive vor, wie man die Wahlniederlage der SED kommentieren sollte. Die SED-Presse erging sich in seitenlangen Schilderungen von "Verbrechen" denen ihre Wahlhelfer in den Westsektoren angeblich ausgesetzt waren. Da die SED-Beteiligung an der Westberliner Wahl mit ausdrücklicher Zustimmung, wenn nicht gar auf Anordnung Moskaus stattgefunden hat, entbehrt die auf sowjetischer Seite gezeigte Ratlosigkeit nicht einer besonderen Bedeutung. Wie gross diese Ratlosigkeit auf die Niederlage war, zeigte sich im Kommentar des Moskauer Senders, wo ebenfalls von "Massenverhaftungen in Berlin" geredet wurde.

"Dieser Polizeiterror hatte zur Folge", so behauptet das Moskauer

10.12.1954

Radio, "dass nicht alle Anhänger dieser Partei für die SED stimmen konnten." Der Warschauer Sender schmückte diese story noch etwas auf und erzählte seinen Hörern, dass "während der Wahl ununterbrochen Panzerwagen mit Polizei und amerikanischer Militärpolizei durch die Straßen von Berlin fuhren."

Hier, wie so oft, ergibt sich die Frage, ob die Russen wirklich diese SED-Legenden glauben und nicht imstande sind, das wahre Ausmaß des SED-Bankrotts zu erkennen. Die Sowjets wären gut beraten, wenn sie das Resultat von 2,7 % für die SED so ernst nehmen würden, wie es generell werden muss, wenn man die politische Situation in Deutschland richtig einschätzen will. Die den Sowjets vom ZK der SED vorgelegten Berichte über die angebliche Lage in Westberlin haben eine klare Korrektur erfahren. Für die Menschen in der Sowjetzone ist das Berliner Wahlresultat eine einzigartige Bestätigung ihres eigenen ungebrochenen Kampfwillens gegen das Pankower Regime.

Die Pankower Führungsgarnitur fürchtet eine geklärte Auseinandersetzung durch die Sowjets, wenn nicht sogar mehr. Die Frage, die von deutscher Seite nach der Berliner Wahl gestellt werden muss, lautet, welche Konsequenzen sich aufgrund dieses Resultates für die sowjetische Außenpolitik ergeben werden. Sicherlich muss vor Illusionen und vor vergeblichen Hoffnungen gewarnt werden. Den Sowjetnik Ulbricht und die Pankower Egonen hat die Katastrophe vom 17. Juni 1953 in ihrer politischen Vertrauensstellung nicht erschüttert und so wird auch die Berliner Niederlage vom 5. Dezember 1954 sie nicht von der Pankower Bühne hinwegfegen. Beide Daten sind jedoch erhebliche Minusstriche in den Pankauer Dossiers, die eines Tages aufgerechnet werden.

+ + +

Die Klerikalen überspannen den Boden

Aus München wird uns geschrieben

In Bayern wird am kommenden Dienstag eine Regierung gebildet werden in der die stärkste Partei des Landes, die CSU, nicht vertreten sein wird. Diese Regierung, zusammengesetzt aus Vertretern der SPD, der Bayernpartei, des BHE und der FDP wird von den Sozialdemokraten Dr. Wilhelm Högner geführt werden. Daneben wird die SPD zwei Minister und drei Staatssekretäre stellen, die Bayernpartei zwei Minister und

und zwei Staatssekretäre, der BHE einen Minister und zwei Staatssekretäre, die FDP einen Minister und einen Staatssekretär. Das Kultusministerium - und das ist angesichts der Situation in Bayern wohl die interessanteste Begleiterscheinung - wird von einem nichtparteigebundenen Manne aus dem bayerischen Kulturleben geleitet werden.

In einem dramatischen Ringen zwischen CSU auf der einen Seite und den übrigen Parteien auf der anderen Seite ist diese Vereinbarung getroffen worden. Rückblickend kann man sagen, dass die CSU den Zug verpasst hat, in den diese neue Koalition eingestiegen ist. Nachdem Bekanntwerden des Wahlergebnisses brauchte die CSU Tage, um ihren Siegesrausch auszuschlafen. In dieser Situation nahm der Landesvorsitzende der SPD, Waldemar von Knöringen, die Initiative zur Verhandlungsführung in die Hand und brachte durch kluge Selbstbeschränkung die Parteien an einen Tisch. Selbstbeschränkung und Klarheit des Willens werden die Grundlagen der neuen Regierung sein. Es ist bezeichnend, dass eine Einigung auf ein Regierungsprogramm zwischen diesen vier Parteien sehr rasch herbeigeführt werden kann. In der neuen Regierung wird eine Verständigung auf einer echten, tragfähigen Grundlage durchaus möglich sein. Der SPD fällt hierbei die Aufgabe zu, tragender Mittelpfeiler zu sein, um die noch bestehenden Gegensätze zwischen Einheimischen und Heimatvertriebenen auszugleichen. Der Einigungsfaktor wird eine echte soziale und fortschrittliche Politik sein.

Man muss verstehen, dass dieser neuen Koalition in Bayern eine besondere Bedeutung zukommt, wenn man davon ausgeht, dass die bayerische Politik seit Jahrzehnten von konservativ-klerikalen Kräften gesteuert worden ist. Dass diesmal diese Politik nicht zum Zuge kommt, liegt in erster Linie daran, dass die Forderungen, die von dieser Seite aufgestellt worden sind, überzogen wurden. Die neue Koalition in Bayern wird vermutlich auch gewisse Auswirkungen auf die Bundespolitik haben, weil man auch in grösserem Rahmen wird erkennen müssen, dass eine Politik rücksichtsloser Klerikalisierung nicht die Billigung der Mehrheit des Volkes finden wird, selbst dort nicht, wo die Voraussetzungen dafür noch relativ gut sind. Es wäre vernünftig, wenn auch die Kirche, gegen die auch in Bayern in Zukunft nicht regiert werden soll, erkennen würde, dass eine allzu enge Vermengung mit der politischen Macht nicht zu ihrem Nutzen gereicht.

Der neue Kieler Ton

S. Kiel in Bonn, welch' unangenehme Überraschung! Man hatte den überheblichen Ton, mit dem die schleswig-holsteinische Regierung in Kiel alle berechtigten Ansprüche der Opposition zurückwies, schon lange mit Missfallen beobachtet. Kiel ist aber von Bonn weit entfernt und darum hatte der Anschauungsunterricht gefehlt, der die Klagen der Kieler Sozialdemokraten erst jetzt in vollem Umfang auch für das Bonner Parlament bestätigt.

Der Bundestag hat zweimal das Problem der dänischen Minderheit in Südschleswig diskutiert. Die Minderheit ist von 1500 Köpfen im Jahre 1938 auf 42.000 Köpfe angewachsen. Die Stimmenzahl der Minderheit bei allen Wahlen geht zurück; aber dadurch, dass man die Minderheit im schleswig-holsteinischen Wahlgesetz benachteiligt, schafft man Spannungen, die weit über den engeren Bereich Südschleswigs hinauswirken.

Sprecher der Koalitionsparteien im Bundestag war der Flensburger CDU-Abgeordnete Rasner, ein Vertreter des neuen Kieler Ministerpräsidenten. Nun ist schon aus Kiel bekannt, dass die Landesregierung um so überheblicher wird, je mehr man an ihre antisozialistischen und gegenüber der Minderheit nationalistischen Ressentiments appelliert. Kieler Beobachter hat darum der Ton, in dem der Abgeordnete Rasner den Standpunkt der schleswig-holsteinischen Landesregierung vortrug nicht überrascht.

Die Bundesregierung hat sich in der Debatte zurückgehalten. Wenn es so gewünscht würde, sei sie bereit, über einen Minderheitenvertrag mit Dänemark zu verhandeln, erklärte Innenminister Schröder. Die unkluge Haltung der Landesregierung, die sich auf diesen Vertrag festbeißt und über dem Nichtzustandekommen einer parlamentarischen Vertretung der Minderheit deren Unzufriedenheit immer mehr schürt, ist nur von den Koalitionsparteien rückhaltlos übernommen worden.

Zwar kann man juristisch, wie der Innenminister im Bundestag, nachweisen, dass eine parlamentarische Vertretung jetzt nach den Wahlen für die Minderheit "nicht mehr statthaft" sei. Das Problem liegt aber gerade darin, dass in dieser Frage die politischen Argumente gegenüber den formaljuristischen den Ausschlag geben müssen.

Dem eigentlichen politischen Problem sind die Sprecher der Koalitionsparteien aber ausgewichen. Diese Sprecher, sagte der SPD-Abgeordnete Rehs, sähen nämlich im Wahlrecht, das die Minderheit von der Beteiligung an der Landtagsarbeit ausschliesse, ein "Instrument des innerpolitischen Machtkampfes". So habe ein Sprecher der Kieler Regierung beim Karlsruher Verfassungsgericht unter anderem darauf hingewiesen, dass die Minderheit, wenn es ihr gelänge, Mandate zu erringen, unter Umständen in Kiel das Zünglein an der Waage bilden könnte.

Unter solchen Aspekten ist zwar der Ton verständlich, in dem der CDU-Sprecher versuchte, ein polemisches Scherbengericht gleichzeitig über die "irredentistische" Minderheit und über die Sozialdemokraten zu halten. Daran den Geist, in dem die Koalitionssprecher einen "grosszügigen Minderheitenvertrag" statt einer sofortigen auf Ausgleich bedachten Mitbeteiligung der Minderheit an der Landtagsarbeit in Kiel verlangten, eröffnen sich aber für die Lösung des Minderheitenproblems keine günstigen Aussichten.